

Demokratie durch Marktwirtschaft

Anfang Januar haben in der Südeifel die „5. Bitburger Gespräche“ stattgefunden. Auf Einladung des rheinland-pfälzischen Justizministers und CDU-Politikers Otto Theisen. Vorwärtsverteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das bezeichnet Otto Theisen als eine der Zielsetzungen dieser Veranstaltung, und der Wunsch, die CDU/CSU möge sich eine Gesamtkonzeption über ihre Vorstellungen von Staat und Gesellschaft erarbeiten, steht hier Pate. Rechts- und verfassungspolitische Grundsatzfragen enthält das Programm der „Bitburger Gespräche“. Dieses Jahr hieß das Thema „Staatsverfassung und Wirtschaftsordnung — zur These von der wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes“. Es ist eine großzügige Veranstaltung, sozusagen ein Intelligenzunternehmen der CDU auf Grund persönlicher Einladung. Sympathisch, tolerant, weil das Interesse an Argumenten Andersdenkender glaubhaft unter Beweis gestellt wird, auch wenn die Teilnehmer mehrheitlich politische Gesinnungsfreunde der CDU sind. Unter ihnen die prominenten Bundesverfassungsrichter Ernst Benda und Walter Rudi Wand, die CDU-Veteranen Gebhard Müller und Eugen Gerstenmaier, mehrere CDU-Bundestagsabgeordnete, hohe Richter, einige Mitarbeiter von Großunternehmen, Professoren, darunter als Referent der Sozialdemokrat Professor Ortlieb aus Hamburg, und eine Reihe von Journalisten eher konservativer Neigungen. Schade, daß der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der als geladener Referent sicher auf sehr einsamem Posten gestanden hätte, gerade deshalb aber auch mit besonderem Interesse erwartet wurde, mit privater Begründung in letzter Stunde absagte. Er hätte die große Chance gehabt, in dieser gesellschaftspolitischen Höhle des Löwen von CDU und Verfassungsrecht sich mit dem Generalsekretär der CDU, Professor Kurt Biedenkopf, über die paritätische Mitbestimmung streiten zu können. Es wäre eine Bewährungsprobe für seine Argumente mit viel Zeit zu anschließender Diskussion gewesen. Denn dies war deutlich zu spüren: Die Kräfte sammeln sich, die das Gesetzeswerk der Bundesregierung über die paritätische Mitbestimmung in Großbetrieben vor die Verfassungsrichter bringen wollen und werden. Die anwesenden Mitglieder des höchsten Gerichts hüteten ihre Zungen. Aber offensichtlich prüften sie die entsprechenden Argumente, und Verfassungsgerichtspräsident Ernst Benda machte den „Bitburger Gesprächen“ das Kompliment, sie wegen ihrer Thematik der sonst regelmäßig von ihm besuchten, gleichzeitig stattfindenden Tagung des Deutschen Beamtenbundes auf der Bühler Höhe vorgezogen zu haben. Weil Kurt Biedenkopf nicht nur Wissenschaftler, Mitbestimmungsexperte, Industriemanager ist bzw. war, sondern wegen seiner Funktion als Generalsekretär der CDU, wollen wir jetzt einige wesentliche Passagen seines bisher nicht

veröffentlichten Vortrags herausgreifen. Sie unterschieden sich von anderen Beiträgen durch eine bemerkenswert größere Weite des politischen Horizonts über die nationalen Grenzen hinaus. Wohlgermerkt, es sind Ausschnitte, möglichst wenig aus dem Zusammenhang gerissene, und wir erlauben uns eine journalistische Freiheit, für die selbstverständlich weder Herr Biedenkopf noch die CDU oder ihr politischer Gegner SPD verantwortlich sind. Wir werden die Wiedergabe der Äußerungen von Kurt Biedenkopf durch Zwischenrufe unterbrechen. Zwischenrufe, die Kurzzitate aus dem sozialdemokratischen Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens bis 1985 sind, auf den Biedenkopf selbst in seinem Vortrag einging. Wenn die Zitate teilweise zeigen, wie nah sich die vorgebrachten Überlegungen sind, so wird hier nur Nähe in Einzelpassagen festgestellt, als Anregung zum kritischen Vergleich. Die Unterschiede der politischen Einschätzungen bleiben deutlich genug. Also hören Sie die Ausschnitte aus dem Biedenkopf-Referat:

„Wir haben bei der Themenwahl lange überlegt, wie man in der Überschrift das, was hier versucht werden soll, bezeichnen kann. Wir sind dann bei der Formulierung ‚Demokratie durch Marktwirtschaft‘ gelandet, ohne daß ich mit dieser Überschrift jetzt die Behauptung aufstellen wollte, hier bestünde eine unmittelbare Kausalität in dem Sinne, daß gewissermaßen Demokratie nur durch Marktwirtschaft zu verwirklichen sei, analog des Anspruchs, daß Demokratie nur durch Sozialismus zu verwirklichen sei. Wir haben aus mehreren Gründen Veranlassung, die politischen, und zwar nicht nur die gesellschaftspolitischen, sondern auch die verfassungspolitischen Dimensionen der marktwirtschaftlichen Ordnung neu zu durchdenken. Ein politisch sehr unmittelbarer Grund ist die Fortsetzung der Theoriediskussion zwischen den Unionsparteien und der Sozialdemokratischen Partei nach der Vorlage des neuen Entwurfs für ein Langzeitprogramm ‚Orientierungsrahmen ’85‘. Dieses Programm zeigt, daß unter dem Einfluß der Diskussion in den letzten beiden Jahren, kann man wahrscheinlich sagen, also seit Sommer 1973, seit dem Parteitag in Hannover, seit der Theoriediskussion, die von der CDU ausgegangen ist, insbesondere dem Versuch der Neubestimmung wichtiger politischer Grundbegriffe, sich in der Sozialdemokratischen Partei ein Wandel, eine Veränderung im Denken abzeichnet, die für die weitere Diskussion des Gegensatzes, der Unterschiede und der Gemeinsamkeiten zwischen der Unionsposition und der Position des demokratischen Sozialismus von ganz entscheidender Bedeutung sein wird. Interessant ist, daß in der letzten Phase der Beratung dieses Langzeitprogramms eine Reihe von durch die Kommission, die Unterkommission eingenommenen Positionen, z. B. in der Frage der Investitionslenkung, in der Frage der Verstaatlichung, in der Frage der Steuerung von Unternehmen überhaupt, aufgegeben worden sind, und zwar wie mir scheint, ich möchte jedenfalls für die Zwecke unserer Diskussion davon ausgehen, nicht nur aus taktischen Gründen, sondern deshalb, weil die in der Politik, mit der praktischen Politik befaßten Kommissionsmitglieder, die dann bei den Schlußberatungen vollzählig vorhan-

den waren, aus ihrer Erfahrung eine Reihe von theoretisch begründeten Forderungen als undurchführbar, als praktisch undurchführbar zurückgewiesen haben, dazu gehört z. B. die Investitionslenkung. Herr Ehrenberg hat mir gesagt in einem Vorgespräch vor der ZDF-Sendung, was wir Anfang Januar gehabt haben, daß man z. B. die Forderung nach zentraler Lenkung der Investition, sei es auch nur durch das Setzen eines entsprechend engen Datennetzes, aus dem Abschlußbericht gestrichen habe, unter anderem mit der Begründung, das sei überhaupt nicht durchführbar.“

Erster Zwischenruf. Zitat aus dem Entwurf zum „Orientierungsrahmen '85“ der SPD:

„Um die Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik zu erreichen, bedarf es geeigneter Instrumente staatlicher Beeinflussung und Förderung, Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses. Ausbau und Anwendung derartiger Instrumente werden von den konservativen Kräften als Verletzung der als marktwirtschaftlich bezeichneten Wirtschaftsordnung bekämpft, obwohl staatliche Lenkung und Planung seit langem auch zu unserer Wirtschaftsordnung gehören.“

Prof. Dr. Biedenkopf:

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir zu der alten Wachstumserwartung zurückkehren können in den nächsten Jahren und gewissermaßen nach der Überwindung des Ölschocks und einiger anderer Probleme im Nahen Osten und mit den Rohstoffländern wieder zurückkehren können zu einer kontinuierlichen weiteren Entwicklung der Wirtschaft, gerichtet auf einen immer höheren Lebensstandard. Nicht nur, weil die außenwirtschaftlichen Daten sich radikal verändert haben, weil die Entwicklungsländer, soweit sie über Ressourcen verfügen, die von den Industrieländern als dringend nachgefragt werden, eine neue machtpolitische Position einnehmen, die zu ganz, wenn man es durchdenkt, zu ganz erstaunlichen machtpolitischen Veränderungen führen, vor allen Dingen unter den Mittelmächten, sondern auch deshalb, weil die Steigerung, die immer weitergehende Steigerung des Lebensstandards in der Bundesrepublik, um einmal nur von unserem Land zu sprechen, zu immer größeren Diskrepanzen mit unserer weltweiten Umwelt führen wird, Diskrepanzen, die sich nachher nicht mehr nur als wirtschaftspolitische, sondern auch als moralische Probleme darstellen. Zum Beispiel der Anspruch, die Verteilungsgerechtigkeit nicht an den deutschen Grenzen enden zu lassen, sondern andere, z. B. alle europäischen Völker, in die Zielvorstellung Verteilungsgerechtigkeit einzubeziehen, würde eine radikale Veränderung unseres politischen Denkens in der Bundesrepublik im Verhältnis zu den restlichen europäischen Völkern zur Folge haben müssen, weil ganz neue Verteilungsrelationen entstehen, die nicht nur die Reichen in der Bundesrepublik betreffen, sondern den gesamten neuen Mittelstand bis zur Facharbeiterschaft. Die Konsequenzen werden von den jungen Menschen, das kann man immer wieder feststellen, in Diskussionen, ob

das in der Universität ist oder auf Wahlversammlungen, sehr viel deutlicher gesehen als von denen, die schon einen wirtschaftlichen und einen Lebensbesitzstand erworben haben. Die Folge aus dieser Entwicklung ist, daß auf die marktwirtschaftliche Ordnung neuartige Konflikte zukommen, die sie lösen muß. Die Frage, in welchem Umfang die marktwirtschaftliche Ordnung als staatliche Veranstaltung der dezentralisierten Planungs- und Entscheidungshaushalte, der staatlichen Anleitung und Steuerung auch inhaltlich bedarf, das heißt, in welchem Umfang der Staat über die Aufrechterhaltung des Prozesses marktwirtschaftliche Ordnung hinausgehend, auch Entscheidungsinhalte beeinflussen muß. Daß der Staat das heute schon tut, ist unbestritten. Kein Mensch in der CDU behauptet, die marktwirtschaftliche Ordnung charakterisiere sich dadurch, daß der Staat sich aus den inhaltlichen Entscheidungen weitgehend zurückziehe und nur Prozesse, Entscheidungsprozesse, veranstaltet. Aber die Art und der Umfang der staatlichen Einwirkungen kann doch nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Veränderungen in der marktwirtschaftlichen Ordnung zur Folge haben. Was soll dieses Bedürfnis nach höherer staatlicher Intervention in die marktwirtschaftlichen Prozesse auslösen? Es gibt eine ganze Reihe von Gründen. Einer der wichtigsten Gründe scheint mir, daß eine Regierung, daß die Regierung eines Landes, wie der Bundesrepublik, durch das Einbezogensein der Bundesrepublik in weltweite wirtschaftspolitische Probleme und Verteilungskonflikte gezwungen ist, sich den außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum zu sichern, den sie braucht, um an diesen Auseinandersetzungen im Sinne der Aufrechterhaltung des eigenen Besitzstandes, der eigenen Existenzvoraussetzungen und des eigenen Wohlstandes wirksam mitwirken zu können. Wir haben die Gesellschaftspolitik und die marktwirtschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten, in den beiden letzten Jahrzehnten, immer weitgehend als ein innenpolitisches Phänomen behandelt. Wir sind also davon ausgegangen, daß der Staat als ein gewissermaßen gegebenes Datum sich in seiner Infrastruktur gestaltet, daß also die Gesellschaftspolitik ein rein innenpolitisches Phänomen ist, auch die marktwirtschaftliche Ordnung. Wir stellen heute fest, ich kann das nur thesenhaft andeuten, weil es ein eigenes Referat voraussetzen würde, daß die Interdependenz zwischen Außenpolitik und Innenpolitik, vor allem Außenwirtschaftspolitik und Innenpolitik, immer größer wird und daß eine ganze Reihe von außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Maßnahmen, die unter Umständen notwendig wären, von der Regierung derzeit nicht ergriffen werden können, weil sie die innenpolitische Deckung für solche Maßnahmen nicht hat. Die Bundesrepublik, die Regierung, wird, und zwar auch eine CDU-Regierung, darüber muß man sich im klaren sein, in den nächsten Jahren nach meiner Überzeugung in stärkerem Umfang als bisher gezwungen sein, auf den Ablauf wirtschaftlicher Prozesse einzuwirken, einfach um die Folgen der außenwirtschaftlichen Veränderungen im Inneren des eigenen Landes, also im eigenen Land, wenigstens halbwegs unter Kontrolle halten zu können. Ob das die Frage

der Bevorratung ist, ob das die Frage der Energiepolitik ist, die ja ganz wesentlich weitergehen, ob es die Fragen der staatlichen Unterstützung von Anpassungsprozessen sind, z. B. jetzt die Frage, ob die Bundesregierung sich daran beteiligen soll, 40 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, die bei Volkswagen in den nächsten zwei Jahren spätestens weggefallen sind, weil Volkswagen diese 40 000 Leute nicht mehr mit der traditionellen Produktion beschäftigen kann, oder ob man diesen Prozeß dem Markt überlassen darf oder soll. Diese Fragen werden auch an uns herangetragen, wenn die CDU eine Regierung stellt, und auch wir werden gezwungen sein, hier das Verhältnis zwischen staatlicher Intervention und Selbstgestaltung der Entscheidungsprozesse durch die dezentralisierten marktwirtschaftlichen Prozesse zu beantworten.“

Zweiter Zwischenruf. Zitat aus dem Entwurf zum „Orientierungsrahmen '85“ der SPD:

„Bei dem hohen Grad der internationalen Wirtschaftsverflechtung lassen sich die Probleme der ökonomischen Entwicklung durch Maßnahmen allein auf nationalstaatlicher Ebene nicht mehr lösen. Ein Verzicht auf die internationale Verflechtung würde verheerende wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Deshalb muß die Einflußmöglichkeit der Politik gegenüber der Wirtschaft, vor allem auch durch eine Stärkung der europäischen Entscheidungsinstanzen, der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und durch Internationalisierung der Steuerungsinstrumente gesteigert werden.“

Prof. Dr. Biedenkopf:

„Praktisches Beispiel, die Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen auf die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien waren vollkommen unterschiedlich. In diesen unterschiedlichen Auswirkungen kommt zum Teil zum Ausdruck, daß die Bundesrepublik wegen ihrer hochgradig dezentralisierten Wirtschaftsverfassung und wegen ihrer hochgradig dezentralisierten politischen Verfassung offenbar weit besser in der Lage war, auf drastische Veränderungen von Umweltbedingungen zu reagieren wie die zentralistischen Systeme von Frankreich und England. Die Folge dieser schnelleren Reaktionsfähigkeit oder einer der Vorteile der schnelleren Reaktionsfähigkeit ist, daß die aus dem Widerspruch zwischen einem System und seinen Umweltbedingungen resultierenden sozialen Konflikte und Spannung gering gehalten werden konnten. Daß wir eine geringere Inflationsrate haben in der Bundesrepublik als die Franzosen und Engländer, hat sicher eine ganze Reihe von Gründen. Aber einer der Gründe liegt auch darin, daß wir nicht, daß wir dank unserer hohen Anpassungsfähigkeit und der hohen Elastizität unseres Systems weniger soziale Kosten erzeugen, die aus unterbliebener Anpassung resultieren und die wir deshalb auch nicht finanzieren müssen. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Elastizität eines gesellschaftlichen Systems und dem Grad seiner Dezentralisation. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist ein dezentralisiertes Planungs- und Entscheidungssystem mit einer entsprechend hohen Flexibilität. Jede Poli-

tik, die diese Elastizität abbaut, ob das nun die paritätische Mitbestimmung, die Folgen der paritätischen Mitbestimmung sind oder die Folgen der Unternehmenskonzentration oder die Folgen der Überführung von Unternehmen in staatlichen Besitz oder die zunehmende Verbürokratisierung von Entscheidungsprozessen, die damit zusammenhängen kann, spielt hier gar keine Rolle. Jede politische Entwicklung, die zu einer Verringerung dieser Flexibilität führt, ist, wenn ich von der Beschleunigung des Wandels als Datum ausgehe, eine Gefährdung des innenpolitischen Gleichgewichts.“

Dritter Zwischenruf. Zitat aus dem „sozialdemokratischen Orientierungsrahmen '85“:

„Die Ziele unserer Wirtschaftspolitik stehen so lange in Widerspruch zueinander, als die Struktur der Wirtschaft selbst mangelhaft ist. Um sie gleichmäßig und gleichzeitig in hinreichendem Maße verwirklichen zu können, ist eine Beeinflussung und Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung erforderlich, die wesentlich intensiver und besser koordiniert sein muß als die bisherige Wirtschaftspolitik. Modernisierung der Wirtschaft setzt darum Modernisierung der Wirtschaftspolitik voraus.“

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf äußerte sich zu einer normativen und zu einer strukturellen Frage:

„Die normative betrifft die Frage, wie frei ist das organisierte Staatswesen und ist die Existenz von Marktwirtschaft eine Voraussetzung für die Existenz politischer Freiheit. Die strukturelle betrifft die Frage, welche Strukturen müssen in einer Gesellschaft erhalten und gefördert werden, die sich unter Bedingungen sich beschleunigenden Wandels in Freiheit erhalten will, d. h., wie muß sich diese Gesellschaft selbst strukturieren. Wenn man diesen Fragestellungen nachgeht, kann man feststellen, daß es interessante Parallelen dieser Diskussion in der CDU, die wir ja seit einer Reihe, die wir seit einer Weile jetzt führen, zu den Analysen der Marxisten gibt, z. B. Jochen Steffen. Ich stimme mit Jochen Steffen in seinem Buch ‚Strukturelle Revolution‘ vollkommen darin überein, daß wir unsere Gleichgewichtsfähigkeit als Voraussetzung für befriedete Gesellschaft, ich will das mal hier nur in Stichworten sagen, sichern müssen durch eine geplante Anpassung und Veränderung vorhandener Strukturen an veränderte Umweltbedingungen. Diese Anpassung kann so drastisch sein, daß sie von denjenigen, die die Besitzstände verwalten, als revolutionäre Veränderungen empfunden werden. Das bedeutet keineswegs, daß hier in Wirklichkeit der evolutionäre Tatbestand verlassen wird, wie ja der Übergang überhaupt fließend ist, wenn ich einmal den Gesichtspunkt der Gewalt ausklammere, sondern es bedeutet nur, daß der Prozeß so schnell geht oder uns so schnell aufgezwungen wird, daß diejenigen, die sich gegen die Veränderung wehren, und das ist ein großer Teil der Menschen, wahrscheinlich die überwiegende Mehrheit, die Notwendigkeit der Veränderung nicht mehr nachvollziehen können, und zu einer Evolution gehört eben auch, daß man den Leuten klarmachen

kann, daß man sich in einem Entwicklungsprozeß befindet. Wenn die Möglichkeit, eine Veränderung als Entwicklung zu beschreiben, abreißt, wenn also die Leute nicht mitkommen, ganz drastisch formuliert, dann empfinden sie eben die weitere Veränderung als einen revolutionären Einschnitt, d. h. eine nicht mehr durch die Logik der Entwicklung legitimierte Veränderung. Das wird auch das Problem der CDU sein. Man muß da bei aller Kritik an der Politik der Sozialdemokraten im übrigen einräumen, daß der Bundeskanzler Schmidt hier Erstaunliches leistet, daß er also, gestützt auf seine spezifische Situation in der SPD, den Mut hat, eine Reihe von Dingen zu tun, die die Sozialdemokraten wahrscheinlich vor wenigen Jahren noch nicht getan haben. Wir müssen ihn im Grunde damit angreifen, daß er zuwenig Mut hat. Und das wird eine ganz interessante politische Konstellation werden. Wir werden in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten nicht diejenigen sein, die die Regierung dafür kritisieren, daß sie verändern will, sondern wir werden, davon bin ich überzeugt, wenn wir erfolgreich sein wollen, diejenigen sein müssen, die sagen, daß die Regierung nicht genug tut.“

Vierter Zwischenruf. Zitat aus dem „Orientierungsrahmen '85“ der SPD:

„Die letztverantwortliche Investitionsentscheidung innerhalb des gesetzten Rahmens verbleibt beim Unternehmen.“

Prof. Dr. Biedenkopf:

„Wir haben in der Bevölkerung heute eine zunehmende Sensibilität. Für den Widerspruch, der darin liegt, daß man auf der einen Seite vom Staat die Gestaltung der Gesellschaft erwartet und auf der anderen Seite der Staat sich zunehmend als unfähig erweist, sie wirklich zu bewirken. Weil sich dazwischen Träger, teilweise anonym, teilweise erkennbar, von faktischer Entscheidungskompetenz geschoben haben, die die staatliche Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigen. Für die Politik, soweit ich sie in der CDU mitbeeinflussen möchte, wird das eine ganz zentrale Fragestellung sein. Wir werden damit sicherlich in den Augen vieler, die die marktwirtschaftliche Ordnung in den letzten Jahrzehnten diskutiert haben, zu einem vielleicht gefährlich erscheinenden Veränderungsverhältnis von Staat und Gesellschaft kommen. Ich halte die Risiken, die darin liegen, dem Staat eine stärkere eigenständige Rolle im Verhältnis zur Wirtschaft einzuräumen, für viel geringer als die Risiken, der gegenwärtigen Entwicklung Fortgang zu lassen, und zwar deshalb, weil unsere institutionellen Kenntnisse und unsere normativen Kenntnisse, die wir bei der Kontrolle staatlicher Willensäußerungen anwenden können, viel besser sind, weil wir da einfach mehr zu Hause sind als im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Gruppen. Ich bin schließlich, und damit kehre ich zum Ausgangspunkt zurück, überzeugt davon, daß der Umfang der staatlichen Interventionen in den wirtschaftlichen Prozeß zunehmen wird. Diese Veränderungen bedeuten, und das führt sicher über das Thema hinaus, aber ich bitte um Nachsicht, ich habe es in einem etwas größeren Zusammenhang absichtlich gestellt, daß wir politisch sehr intensiv

über die Neudefinition unseres Staatsverständnisses diskutieren müssen. Das hat Auswirkungen bis zur Diskussion über das Beamtentum, bis zur Diskussion über die Unterscheidung von staatlichen Aufgaben und normaler Leistungsverwaltung usw. . . . Ich bin überzeugt davon, daß die Grundlagen, die wir mit der sozialen Marktwirtschaft, ihrem theoretischen Gebäude, mit der neoliberalen Theorie, aber auch mit den Fortentwicklungen dieser Theorie in den letzten 25 Jahren erarbeitet haben, uns in die Lage versetzen, auch diese Zukunftsprobleme zu lösen. Ich bin überzeugt davon, daß die Union, und ich sage das nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern noch im Sinne einer Analyse, das im Ergebnis besser kann als die Sozialdemokraten, weil die Sozialdemokraten sich zwei fundamentalen Schwierigkeiten gegenübersehen: Die eine Schwierigkeit resultiert aus der von Bundeskanzler Schmidt jetzt in seinem Handelsblatt-Interview erneut betonten gegenseitigen Abhängigkeit von SPD und Gewerkschaften. Er hat diese Abhängigkeit ausdrücklich beschrieben und als solche anerkannt. Die Folge ist, daß eine Sozialdemokratische Partei nicht in der Lage ist, zu den gesellschaftlichen Gruppen die Distanz zu gewinnen, die sie gewinnen muß, wenn sie als Träger einer Regierung genau das tun will, was ich vorhin beschrieben habe. Es ist deshalb auch interessant, daß in den 125 Seiten Langzeitkommissionsbericht ‚Orientierungsrahmen ’85‘ zwar das Problem Gewerkschaft angesprochen, aber in keiner Weise fortgeführt wird, noch nicht einmal so weit, wie Bundeskanzler Schmidt es selbst geführt hat auf seiner Rede vor dem Hamburger Juristentag. Und der zweite Grund ist, daß die Sozialdemokraten ungeheure Schwierigkeiten haben, dem Privatrecht die Fähigkeit zuzutrauen, gesellschaftspolitisch relevante Sachverhalte zu regeln. Die Sozialdemokraten haben im Grunde keinen Zugang zur politischen Funktion des Privatrechts. Ohne eine privatrechtliche Organisation ist aber dezentralisierte Gesellschaft im Ergebnis nicht möglich.“

Wir erwähnten bereits, daß die verfassungsrechtliche Beurteilung der paritätischen Mitbestimmung im Vordergrund der „5. Bitburger Gespräche“ stand. Ein Kernsatz des Münchner Staatsrechtlers Professor Peter Badura lautete so: „Es sprechen gute Gründe dafür, daß der Regierungsentwurf für ein Mitbestimmungsgesetz wegen des Prinzips der paritätischen Mitbestimmung und seiner rechtlichen Ausgestaltung nur im Wege der Verfassungsänderung in Geltung gesetzt werden könnte.“

Sollte dies zutreffen, so ist klar, daß die Bonner Opposition eine solche Verfassungsänderung nicht durch Zustimmung ermöglichen würde. Hierzu notieren wir zum Schluß einen Diskussionsbeitrag des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf.

Prof. Dr. Biedenkopf:

„Die Mitbestimmungsdiskussion ist im Augenblick so verfahren, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Vorschlag, die Lösung des Problems den einzelnen

Unternehmen zu überlassen, wahrscheinlich einfach unrealistisch ist, weil die notwendige Kommunikationsgrundlage fehlt. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn in den nächsten zwei Jahren überhaupt kein Mitbestimmungsgesetz zustande käme, so daß die Gemüter sich einmal wieder beruhigen. Auf der anderen Seite halte ich es aber für ganz dringend erforderlich, und da ist ja auch im Unternehmerlager eine echte Wende im Verhältnis zu der Position von vor fünf, sechs Jahren erkennbar, daß die Unternehmensführungen in diesen Bereichen die Initiative ergreifen und sich einmal selbst die Frage vorlegen, was können sie in Abweichung von den bestehenden Verhältnissen tun, um die Grundströmung, die politische Grundströmung Mitbestimmung in irgendeiner Form organisatorisch aufzufangen. Da ist ja auch schon eine ganze Menge gemacht worden. Es ist im übrigen vergleichbar mit der Diskussion über die Anrechenbarkeit vermögenswirksamer Leistungen bei zwingenden Vermögensbildungsgesetzen. Da hat man ja ein ganz ähnliches Problem, daß die Unternehmen schon Initiativen ergriffen haben, die jetzt nicht belohnt, sondern bestraft werden, weil man sie nicht anrechnet. Ich halte es für ganz unerlässlich, daß wir einen Weg finden, ich kann Ihnen eine konkrete gesetzgeberische Antwort im Augenblick nicht geben, einen Weg finden, um aus dem Trend zur krassen Vereinheitlichung der Gesellschaftsformen über die Mitbestimmung wieder herauszufinden, weil die Vereinheitlichung der Gesellschaftsform in Wirklichkeit keine Vereinheitlichung, sondern die Erzeugung großer neuer Diskrepanzen bedeutet. Ob es möglich ist, das unter den augenblicklichen politischen Bedingungen zu leisten, weiß ich nicht. Aber mit Sicherheit würde ich alles tun, wenn ich also z. B. selbst in einer Regierung mitzureden hätte, um diesen Weg zu öffnen und die beteiligten Gruppen zur Kooperation bei der Lösung dieser Frage zu bewegen, was natürlich voraussetzt, daß die Gruppen aufhören, ihr Verhältnis zueinander als ein Verhältnis der Konkurrenz um die ausschließliche Macht anzusehen. Ob das nun von einer Gruppe kommt oder von anderen, das will ich hier nicht untersuchen.“

ANSGAR SKRIVER, Westdeutscher Rundfunk, Köln, — 23. Januar 1975